

„Es ist eine große Angelegenheit!“

„... Es geht schließlich um etwas!“, ruft Sascha Wenzel, Moderator der Tagung und Koordinator der Berliner BLK-Schulprojekte mit weit ausholender Geste; seine Zuhörerinnen und Zuhörer bekunden ihre Zustimmung mit spontanem Applaus. Es geht um politische Bildung, um Demokratieerziehung und Demokratiepädagogik in Berliner Schulen. Deshalb haben sich die Anwesenden in den Räumen der Heinrich-Böll- Stiftung an den Hackeschen Höfen in Berlin-Mitte eingefunden: Um Diskussionen zu führen, neue Ideen zu finden – oder auch Mut und Perspektiven, um weiter zu machen, denn darum geht es auch.

Gefordert ist ein Ende des unproduktiven Gegeneinanders

Das betont auch der Berliner Schul-Staatssekretär Thomas Härtel, wenn er ein „Ende des unproduktiven Gegeneinanders“ zwischen Fachdidaktik der politischen Bildung und demokratiepädagogisch orientierter Schulpraxis fordert. Es gehe ihm nicht um eine „abgehobene Debatte“, sondern darum, das Demokratieverständnis zu prägen – „im Politikunterricht und in der ganzen Schule“. Während die letzten Gäste eintreffen und der Saal immer voller wird, fasst er den Wunsch aller zusammen: „Wir brauchen beides: guten Fachunterricht und tolerantes, respektvolles Verhalten im Schulalltag.“ Keiner und keine, die ihm in diesem Punkt widerspräche. Aber wie erreicht man dessen Umsetzung?

Prof. Dr. Gerhard Himmelmann von der Universität Braunschweig skizziert die Problemlage: „Wenn Sie Politik lehren wollen, müssen Sie wissen, worauf Sie „hin“ lehren, was also die praktischen Ziele in Schule sind!“ Doch die Forderungen an den Politikunterricht sind einerseits vielfältig und andererseits nahezu in allen Bundesländern am Ziel der „Erziehung zur Demokratie“ orientiert. Die Berliner Rahmenrichtlinien etwa fordern das genauso wie die Lehrpläne in Thüringern oder bspw. in Baden-Württemberg. Himmelmann fragt: „Was ist Demokratie?“ und spricht mit John Dewey: „Demokratie ist nicht nur eine Regierungsform, sondern vor allem eine spezielle Form des Zusammenlebens“; John Dewey spricht dabei von „gemeinsam geteilten Erfahrungen“ und betont so die lebenspraktische und handlungsnahe Dimension einer demokratischen Kultur und Erziehung. Ziel sei es, die Schülerinnen und Schüler zu „Zivilität, Fairness und Toleranz“ zu erziehen. Angesichts der sozialen Probleme, die immer häufiger das Umfeld der Schülerschaft heute prägen, müsse Demokratieerziehung auch eine „konkrete Orientierungshilfe in der kleinen und der großen Welt“ bieten. Schließlich fasst Himmelmann mit Nachdruck zusammen: „Es ist eine große Angelegenheit.“

Dem stimmt auch Kerstin Pohl zu, die zweite Expertin, deren Aufgabe vor allem darin lag, mit kritischem Blick auf Konzepte und Begründung von Demokratiepädagogik zu sehen. Ihre Rolle ist sicherlich nicht leicht, denn – so fast entschuldigend ihr Eingangsstatement – sie würde am liebsten ihre Redezeit damit verbringen, die anwesenden Lehrerinnen und Lehrer für ihr Engagement zu loben: „Das ist aber als „advocatus diaboli“ zunächst nicht mein Job!“ So konstatiert sie zunächst die aktuellen Probleme in der Schule: rechte Gewalt, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft und nicht zuletzt auch Politikverdrossenheit. Die Antworten darauf? „Genau die Projekte, die Sie initiiert haben“, lobt Pohl doch wieder und fährt fort: Die Schülerprojekte seien ein sehr wichtiger Beitrag für die Persönlichkeitsentwicklung und das soziale Lernen, aber – und hier beginnen ihre kritischen Einwände – politische Kompetenzen würden dabei nicht automatisch mit gelernt, sie müssten vielmehr eigens vermittelt werden. Außerdem garantierten soziale Kompetenzen keinesfalls politische Urteils- und Handlungsfähigkeit. Pohl wünscht sich deswegen einen „Wirklichkeitsunterricht“, der Einblick in die politischen Prozesse und

Institutionen ermöglichen könne. Gleichzeitig müssten falsche Demokratieauffassungen korrigiert werden, die, weil sie sich nicht bewahrheiteten und zu Enttäuschungen führten, Politikverdrossenheit verursachten. So äußert sie etwa ihren Schrecken über den Irrglauben vieler Schülerinnen und Schüler, die Mehrheit habe immer Recht oder auch, dass Gerechtigkeit mit dem Rechtsstaat gleichzusetzen sei. Keiner unter den anwesenden Pädagoginnen und Pädagogen, der hier widerspricht; haben denn je wirklich Lehrende, die demokratiepädagogisch akzentuierte Projekte verantworten, einer so einfachen Alltagsideologie von „Demokratie“ das Wort geredet?

Pause, Essen und ein Ausstellungsrundgang.

Die folgende Pause bietet die Möglichkeit, sich mit verschiedenen Projekten auseinanderzusetzen, welche die Schülerinnen und Schüler von Berliner Schulen im Rahmen von *Demokratisch Handeln* und *Demokratie lernen & leben* auf Plakatwänden vorstellen.

Ein Plakat etwa zeigt Fotos von Kindern, die sich mit konzentrierten Gesichtern über die Lagepläne einer Synagoge beugen. „Haben Sie irgendwelche Fragen?“ erkundigen sich gleich eine Schülerin und ein Schüler der Löcknitz-Grundschule und erklären ihr Projekt: Weil auf dem Gelände ihrer Schule früher eine Synagoge stand, sind sie auf den Gedanken gekommen, sich mit dem Schicksal einzelner Juden auseinanderzusetzen. Unter dem Motto „Denk – mal an jüdische Mitbürger“ engagieren sie sich für die Verlegung von Stolpersteinen und entwerfen eigene Gedenksteine für Menschen, deren Geschichte sie recherchiert haben: die von Anne Frank, weil sie sie für ihren Mut bewundern, die von Else Ury, weil deren Nesthäkchen-Mädchenbuchreihe von Kindern heute noch vielfach gelesen werden und sie zu Nachforschungen inspirierten. Eine andere Schülerin forscht über das Schicksal einer Jüdin, weil sie in deren ehemaliger Wohnung lebt.

Auf der Stellwand nebenan finden sich zwei mir schon von der Regionalen Lernstatt im Februar 2005 an der Friedrich-Ebert-Stiftung ([Link zur Berichtsseite setzen](#)) in Berlin bekannte Projekte. „Hiergeblieben!“ nennt sich das eine – es ist die Geschichte von Tanja und Ivan, die immer weitere Kreise zieht. Das Projekt entstand, als Tanja, die mit ihrer Familie vor zehn Jahren aus Bosnien geflüchtet ist, von der Polizei wegen ihrer bevorstehenden Abschiebung aus dem Unterricht geholt wird. Die Lehrerin und ihre Klasse werden aktiv, demonstrieren, mobilisieren die Öffentlichkeit und erwirken ein Aufenthaltsrecht. Mittlerweile haben sie von vielen ähnlichen Fällen Kenntnis erhalten. Anlässlich der Innenministerkonferenz in Stuttgart am 23./24. Juni 2005 haben sie Postkarten entworfen, die unter anderem ein Bleiberecht für die über 200 000 geduldeten Flüchtlinge in Deutschland fordern. Kinder und Jugendliche sind aufgerufen, sich dem Appell anzuschließen, die Rückseite der Karten frei zu gestalten und diese wieder an die Schule zurück zu senden. Während der Innenministerkonferenz werden sie dann auf einem zentralen Platz ausgestellt (Wer mitmachen möchte: www.hier.geblieben.net).

World-Café – Was kann Demokratiepädagogik für die politische Bildung in der Schule leisten?

Im Anschluss an den Ausstellungsrundgang ruft Antje Ipsen-Wittenbecher zum Beginn des World-Cafés auf. Die runden Tischchen, vormals schon Anlaufpunkte für Begegnung, Gespräche und Debatten, bekommen mittels beschreibbaren Tischdecken die Funktion eines flexiblen Protokollanten: Bis zu sechs Teilnehmerinnen und Teilnehmer versammeln sich um einen Tisch und diskutieren die Frage, was „Demokratiepädagogik für die

politische Bildung in der Schule leisten“ könne. Drei Gesprächsrunden gibt es, nach jeweils fünfzehn Minuten wechseln die Teilnehmer – bis auf einen „Gastgeber“, der die neu Hinzugekommenen über das bisherige Gespräch informiert – an andere Tische. Gedanken, Ideen, Meinungen und Erfahrungen sollen dabei auf den Papierdecken festgehalten werden. „Hören Sie auf die tiefer gehenden Fragen, auf das, was gesagt wird, ohne dass es gesagt wird“, rät Ipsen-Wittenbecher und eröffnet das World-Café mit dem Wunsch nach „guten Gesprächen“.

Gerade in der Anfangsphase werden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern – meistens Lehrerinnen und Lehrer – Probleme und Ärger formuliert: „Ob die, die da oben philosophieren, die Schule kennen?“, fragt eine Lehrerin rhetorisch und die anderen stimmen ihr zu. Die ganze theoretische Diskussion ginge ihr auf den Keks, meint eine andere, weil sie nicht förderlich sei, und: „Die Demokratiepädagogik müsste die Schule richtig kennen – was sind die Ziele, dazu Konzepte entwickeln – das ist das Ding!“ ruft ein Lehrer. Die Ziele sind allen hier bekannt, entsprechend fallen dann die Kommentare auf den Tischdecken aus: „Orientierung an Demokratiedefiziten und Beseitigung dieser“ steht da als Wunsch oder auch: „Veränderung des Rahmens (Schulkultur, Schulalltag, Lebenswelt)“. Fast hat es den Anschein, als wäre Politikverdrossenheit nicht nur ein bei Schülern auftretendes Phänomen. „Grundkompetenz zur politischen Bildung *nicht* vorhanden (nur Chaos!)“ steht – wenig Hoffnung verheißend – auf einem der Tische. Aber gleich nebenan wird schon wieder energisch die Eigeninitiative ergriffen: „Nicht auf die Politik schauen“, wird da gefordert, „sondern fragen, wo muss sich was ändern!“ Und dabei wird auch Selbstkritik geübt: „Die Abwendung von der Solidarität – das haben wir mit zu verantworten, weil wir es offensichtlich nicht weiter tragen können“, formuliert eine Lehrerin nachdenklich. Eine andere Gesprächsrunde ist bei dem gleichen Thema angelangt und sagt: „Wir miteinander müssen den ganzen Komplex ändern“ – und: „Da müssen wir was machen, vom Ich zum Du zum Wir“ – das sei etwas Politisches!

Und nebenbei werden auch lustige, motivierende und unglaubliche Geschichten erzählt. Etwa die des Lehrers, der von seiner Schule sagt: „Vor 30 Jahren hätte ich mir nicht vorstellen können, dort 30 Jahre unterrichten zu können.“ Und dann brachten die desolaten Ausgangszustände eine „Dynamik von Veränderungen“ in Gang, Konzepte wurden geändert, das Kollegium arbeitete zusammen, Partizipationsprozesse der Schülerinnen und Schüler fanden statt – Demokratie habe man dort „gelebt“.

Am Ende der dritten Gesprächsrunde werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten, ihre Diskussion in einem Satz zusammenzufassen. Das gibt wieder Anlass zum Schmunzeln. „Irgendjemand der Gäste hat meine Stifte geklaut!“, ruft eine Frau amüsiert und: „Das ist ja gar nicht neue Rechtschreibung!“, bemerkt eine andere mit kritischem Seitenblick auf ein anderes Plakat und ruft damit allgemeines Gelächter bei den Umstehenden hervor.

Fish-Bowl: Schule – Politische Bildung – Bürgergesellschaft: Wie passt das zusammen?

Als „gemeinsames und gleichzeitig individuelles Schlusswort“ denkt sich Sascha Wenzel die abschließende Fish-Bowl-Diskussion. Ständige Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind neben ihm selbst Karin Bergmann, Fachbereichsleiterin für Geschichte, Politik, Sozialkunde und Ethik am Lilienthal-Gymnasium; Wolfgang Beutel, Geschäftsführer des Wettbewerbs Demokratisch Handeln, Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeo Antonio Stiftung sowie Mechthild Niesen-Bolm, Lehrerin an der Fritz-Karsen Oberschule und Mitinitiatorin des Projekts „Hiergeblieben!“.

Gleich zu Beginn macht Karin Bergmann die kritische Anmerkung, sie wisse nicht genau, was sie sich unter „demokratischem Lernen und Demokratiepädagogik“ eigentlich vorzustellen habe. Und sie stellt den leisen Vorwurf in den Raum, dass Förderprogramme wie *Demokratisch Handeln* oder *Demokratisch leben & lernen* keine neuen Demokratiekonzepte entwürfen.

Wolfgang Beutel als Geschäftsführer von greift diese Bemerkung auf und sagt, eine „Stärkung des Vorhandenen“ sei der Zweck solcher Vorhaben – nicht das völlig Neue, das es so auch einfach nicht gebe. Es ginge darum, „die Dinge über die eigene Schule hinaus und über das jeweilige Bundesland“ weiter zu tragen – und zugleich den herausragenden Projekten Anerkennung, Rückhalt und Bestätigung zu geben. Es gehe nicht immer nur um das „Neue“, denn auch „der Papst muss nicht diejenigen missionieren, die nach Rom kommen.“

An diesen Tenor schließt sich Anetta Kahane an. „Wir haben wirklich ein großes Problem“, und betont, dass nicht die Frage nach der Demokratieform die dringlichste sei, sondern die Frage, „ob überhaupt Demokratie oder nicht!“. Sie nimmt damit Bezug auf die Tendenz, dass Rechtsextremismus immer stärker „Versatzstück des alltäglichen Lebens wird – und genau da gehen bei mir alle Alarmglocken los.“ Sie berichtet von der drohenden Schließung einer Schule und der Gründung einer Bürgerinitiative zur Verhinderung dieser Schließung: „Und nun raten Sie mal, wer dahinter steht: Genau, die Jungs von der rechten Burschenschaft!“ Mechthild Niesen-Bolm stimmt ihrer Vorrednerin zu. Neonazis hätten heute keine Glatze mehr, sondern gingen „in die Unis, in die Jugendclubs“ und seien damit ungleich gefährlicher – weil nicht mehr ohne weiteres ausgrenzbar – geworden. Sie berichtet von ihrem Projekt „Tanja muss bleiben!“, das jetzt seine Fortsetzung in „Hiergeblieben!“ findet. Der Auslöser zu diesen Projekten war damals, dass Tanja von Polizisten aus dem Unterricht geholt wurde, weil sie und ihre Familie trotz langjährigem Aufenthalt in Deutschland abgeschoben werden sollten. „Ich dachte, ich bin 60 Jahre zurückversetzt“, schildert Niesen-Bolm die Situation und dass in ihr gleich ein Gefühl von „das darf man nicht zulassen“ entstanden sei. Demokratie sei nichts Gesichertes, sei immer gefährdet, erinnert sie, aber dass Demokratie umso mehr auch die Freiheit bedeute, sagen zu können: „Das lassen wir uns nicht gefallen!“

An dieser Stelle nimmt ein Lehrer seine Möglichkeit zur spontanen Teilnahme an der Diskussion wahr und stellt die Frage nach der Schulkultur: Sei es schick, Neonazi oder grauer Wolf zu sein? „Wie können Schulstrukturen so verändert werden, dass menschenfeindliche Kulturen keine Chance haben?“ Eine Lehrerin erwidert darauf, es habe immer Sinn, Fragen zu stellen. An vielen Stellen habe es aber mehr Sinn, zuzuhören, was denn die Interessen der Schülerinnen und Schüler seien, um die Schulkultur zu verbessern. Und sie erinnert an das abfrageorientierte und wenig demokratiefreundliche Schulsystem: „Schüler können die Prinzipien der französischen Revolution noch so oft hersagen, das heißt noch lange nicht, dass sie wissen, was das bedeutet.“

Da greift erneut Anetta Kahane ein, da man aus ihrer Sicht damit eine „ganz zentrale Fragen der Schulpolitik am Wickel“ habe. Die Lehrerrolle müsse sich ändern, fordert sie, das selektive Schulsystem ein anderes werden, damit die Bedingungen für eine bessere Schulkultur gegeben seien. Ein anderer Lehrer spottet, es werde „zuviel Bildungspolitik vom Finanzsenator“ gemacht und auch er erhält dafür spontanen Applaus. Er ruft zu mehr Eigeninitiative auf und betont, Demokratie bedeute auch, „Schülern an gegebener Stelle Mut und Ungehorsam beizubringen“. „Kreative Anarchie“ ist ein Stichwort, das diese sicher begeistert aufnehmen werden. Und schließlich: wenn man sieht, mit welchem Elan sich die Schülerinnen und Schüler eigeninitiatorisch in die Projektarbeit stürzen, dann möchte man trotz Stundenkürzungen, zu großen Klassen, und oftmals in der Praxis der

Berliner Oberschule höchst schwierigen „Sprach“-Verhältnissen der Schlussthese von Wolfgang Beutel zustimmen: „Es gibt ja nicht nur Anlass zur Klage – es gibt doch auch deutlich sichtbare und gute Erfahrungen mit demokratisch gehaltvollen Schulprojekten – an Schulen in Berlin und darüber hinaus!“

(Marie Wöpking, Berlin)